



EUROPÄISCHE KOMMISSION

Brüssel 25.9.2023
C(2023) 6573 endg.

Herr Micheál Martin
Minister für auswärtige
Angelegenheiten
und Verteidigungsminister
80 St Stephen's Green
Dublin 2 D02 VY53
Republik Irland

Betreff: **Notifizierung 2023/417/IE**

Verordnung über den Straßenverkehr (Elektroroller) 2023

**Abgabe von Bemerkungen gemäß Artikel 5 Absatz 2 der
Richtlinie (EU) 2015/1535 vom 9. September 2015**

Sehr geehrter Herr,

Im Rahmen des Notifizierungsverfahrens gemäß der Richtlinie (EU) 2015/1535¹⁾ notifizierten die irischen Behörden der Kommission am 5. Juli 2023 den Entwurf der *Verordnung über den Straßenverkehr (Elektroroller) 2023* (im Folgenden „der notifizierte Entwurf“).

Laut der Notifizierungsmitteilung enthält der notifizierte Entwurf technische Normen für Elektroroller, die zur Verwendung an öffentlichen Orten bestimmt sind. Der notifizierte Entwurf sieht die Anwendung der Norm I.S. EN 17128:2020 auf die Konstruktion und Herstellung von Elektrorollern vor, die im öffentlichen Raum verwendet werden.

Die Prüfung des notifizierten Entwurfs hat die Kommission dazu veranlasst, gemäß Artikel 5 Absatz 2 der Richtlinie (EU) 2015/1535 die folgenden Bemerkungen abzugeben.

¹⁾ Richtlinie (EU) 2015/1535 des Europäischen Parlaments und des Rates vom 9. September 2015 über ein Informationsverfahren auf dem Gebiet der technischen Vorschriften und der Vorschriften für die Dienste der Informationsgesellschaft, ABl. L 241 vom 17.9.2015, S. 1.

BEMERKUNGEN

Der notifizierte Entwurf regelt Produkte, die in den Anwendungsbereich der Maschinenrichtlinie fallen ⁽²⁾ und der Richtlinie über elektromagnetische Verträglichkeit ⁽³⁾ (zusammen „Richtlinien“).

Die Kommission möchte hervorheben, dass die Mitgliedstaaten die Bereitstellung von Produkten, die den genannten Richtlinien entsprechen, aus Gründen im Zusammenhang mit den von den genannten Richtlinien erfassten Aspekten nicht behindern dürfen ⁽⁴⁾. Obwohl der notifizierte Entwurf Anforderungen und Spezifikationen für die Verwendung der betreffenden Produkte im Straßenverkehr enthält, beziehen sich gleichzeitig bestimmte Anforderungen oder Spezifikationen des notifizierten Entwurfs, wie z. B. die Anforderungen an die „elektrische Sicherheit“ der Elektroroller oder bestimmte Klauseln der Norm (I.S. EN 17128:2020), auf die im notifizierten Entwurf Bezug genommen wird, auf Aspekte, die in den Richtlinien geregelt sind.

In den Richtlinien sind die grundlegenden Anforderungen festgelegt, die die betreffenden Produkte erfüllen müssen, und die detaillierten technischen Spezifikationen werden in freiwilligen Normen festgelegt, deren Fundstellen in der *Amtsblatt der Europäischen Union* zitiert werden.

Die Kommission befürwortet darüber hinaus wegen des freiwilligen Charakters der harmonisierten EU-Normen deren Verwendung als Mittel, um eine Vermutung der Konformität mit den Richtlinien zu schaffen. Eine ausdrückliche Anforderung nach Erfüllung europäischer Normen, in denen von den Richtlinien erfasste Aspekte behandelt werden, könnte jedoch als technisches Handelshemmnis empfunden werden.

Ferner wird daran erinnert, dass die Richtlinien einen Rahmen für die Marktüberwachung ⁽⁵⁾ festlegen. Insbesondere wenden die nationalen Marktüberwachungsbehörden die in den Richtlinien festgelegten Schutzklauselverfahren an. ⁽⁶⁾

In diesem Sinne sollten die irischen Behörden sicherstellen, dass, wenn der notifizierte Entwurf angenommen und anwendbar wird:

— Elektroroller, die den geltenden grundlegenden Anforderungen der Richtlinien entsprechen, aber in Bezug auf die in den Richtlinien geregelten Aspekte ⁽⁷⁾ nicht den Anforderungen oder Spezifikationen des notifizierten Entwurfs entsprechen, trotzdem in Irland in Verkehr gebracht werden können und

²⁾ Richtlinie 2006/42/EG des Europäischen Parlaments und des Rates vom 17. Mai 2006 über Maschinen und zur Änderung der Richtlinie 95/16/EG (Neufassung) (ABl. L 157 vom 9.6.2006, S. 24).

³⁾ Richtlinie 2014/30/EU des Europäischen Parlaments und des Rates vom 26. Februar 2014 zur Harmonisierung der Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die elektromagnetische Verträglichkeit (Neufassung), ABl. L 96 vom 29.3.2014, S. 79.

⁴⁾ Die Richtlinie 2006/42/EG regelt Gesundheits- und Sicherheitsaspekte. Die Richtlinie 2014/30/EU regelt Aspekte der elektromagnetischen Verträglichkeit. Beide Richtlinien regeln diese Aspekte durch Festlegung einschlägiger grundlegender Anforderungen. In keiner dieser Richtlinien geht es jedoch um Aspekte, die die Verkehrssicherheit der betroffenen Produkte im Straßenverkehr betreffen.

⁵⁾ Artikel 11 der Richtlinie 2006/42/EG und Kapitel 5 der Richtlinie 2014/30/EU.

⁶⁾ Die Mitgliedstaaten unterrichten die Kommission und die anderen Mitgliedstaaten unverzüglich über alle Maßnahmen, die zum Verbot, zur Beschränkung, zur Rücknahme oder zum Rückruf von unter die Richtlinien fallenden Produkten getroffen werden.

⁷⁾ Die Richtlinie 2006/42/EG regelt Gesundheits- und Sicherheitsaspekte. Die Richtlinie 2014/30/EU regelt Aspekte der elektromagnetischen Verträglichkeit. In keiner dieser Richtlinien geht es jedoch um Aspekte, die die Verkehrssicherheit der betroffenen Produkte im Straßenverkehr betreffen.

— bei fehlender Konformität von Elektrorollern ⁽⁸⁾ hinsichtlich der von den Richtlinien erfassten Aspekte ⁽⁹⁾ die in den Richtlinien festgelegten Schutzklauselverfahren befolgt werden.

Die Kommission fordert die irischen Behörden auf, die vorstehenden Bemerkungen zu berücksichtigen.

Die Kommission weist ferner darauf hin, dass der endgültige Wortlaut bei seiner Annahme gemäß Artikel 5 Absatz 3 der Richtlinie (EU) 2015/1535 der Kommission mitgeteilt werden muss.

Hochachtungsvoll

Für die Kommission

Kerstin JORNA
Generaldirektorin

Generaldirektion Binnenmarkt,
Industrie, Unternehmertum und KMU

⁸ () Unabhängig davon, ob sie zum Einsatz im öffentlichen Straßenverkehr bestimmt sind oder nicht.

⁹ () Wie bereits erwähnt, spiegeln sie sich in den geltenden grundlegenden Anforderungen der Richtlinien wider.